

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

60 (15.3.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechsspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restanzeigen 60 Pfg. Solange Anzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: A. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: Hermann Wagner in Karlsruhe.</p>	

Liberalen gegen die Nachlasssteuer.

Hinter den Kulissen sind geschäftige Hände tätig, um die Nachlasssteuer zum Leben zu erwecken. Die rechtsstehenden Parteien haben sich zwar gegen die Steuer ausgesprochen. Aber die Angst vor dem Zentrum bewirkt tatsächlich politische Wunder. In diesem Treiben ist es nun interessant, daran zu erinnern, wie früher liberale Abgeordnete im Auftrag ihrer Freunde sich gegen diese Steuer ausgesprochen haben.

Die Frage der Heranziehung der Kinder und Ehegatten zur Erbschaftsteuer ist schon gelegentlich der Beratung des Erbschaftsteuergesetzes im Jahre 1906 einer eingehenden Erörterung unterzogen worden. Damals erklärte hierzu am 10. Januar 1906 der freisinnige Abg. Dr. Wiemer:

„Wir unterstützen die Frage der Besteuerung der Erbschaften an Deszendenten. Es stehen mancherlei Bedenken auch nach unserer Meinung dieser Besteuerung entgegen. So kann, ohne vorläufig eingehende Ausführungen darüber zu machen, vieles von dem unterzogen, was der preussische Herr Finanzminister in der ersten Lesung des Etats darüber ausgesprochen hat. Es läßt sich nicht verkennen, daß eine solche Besteuerung der Deszendenten einen Eingriff in die Familienintimität enthält; vielfach tragen erwerbsfähige Familienmitglieder dazu bei, durch ihre Arbeit das Familienvermögen zu erhalten und zu vermehren. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß unter Umständen dieses Eingreifen in die intimen Familienverhältnisse äußerst peinlich wirken kann bei dem Tode des betreffenden Erblassers. Obgleich wird, wenn der Vater, der Erbhörer, stirbt, leicht der Standard der Höhe einer Familie heruntergedrückt und es wirkt sehr verstimmend, wenn dann noch der Fiskus kommt, Nachforschungen hält, allerlei Schereisen veranlaßt und Mißbilligung und Beunruhigung hervorruft.“

Derselbe Abgeordnete machte am 2. Mai 1906 folgende Ausführungen:

„Wir wollen auch nicht die Besteuerung aus Deszendenten ausgehend wissen. Allerdings ist diese Frage für meine Freunde keine Prinzipienfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage; es lassen sich manche Gründe dafür oder auch manche Bedenken dagegen aufzählen. In der ersten Lesung habe ich einige dieser Bedenken geäußert und ich bin auch heute der Meinung, daß diese Bedenken aus der Ablehnung des jetzt wieder gestellten Antrages auf Ausdehnung der Steuer auf die Deszendenten resultieren müßten. Eine solche Maßnahme entspricht nicht der deutschen Rechtsauffassung von der Erblichkeit des Familienvermögens. Tragen doch auch vielfach die Kinder dazu bei, erst das Vermögen zu schaffen, das nachher vererbt werden soll. Im Jahre 1891 hat der preussische Finanzminister Herr v. Meißel den Versuch gemacht, eine Besteuerung der Deszendenten in Preußen durchzuführen mit 1/2 Proz. des Wertes der Erbschaft. Aber schon in der Kommission wurde der Vorschlag einseitig abgelehnt, und der Versuch ist später nicht mehr erneuert worden. Die Gründe, die damals die Ablehnung veranlaßten, treffen in der Hauptsache auch heute zu. In Todesfällen erbeidet eine Familie ohnehin eine wirtschaftliche Einbuße, zumal wenn der Erbhörer der Familie stirbt. Für die nächsten Familienangehörigen ist das Einbringen des Fiskus in die Vermögensverhältnisse überaus peinlich, zumal wenn über die Erbschaft selbst Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Fiskus und den Erben hervorgerufen. Eine solche Belastung wirkt um so schwerer, als sie in die Zeit der Trauer und dem Verlust eines Angehörigen fällt und in eine Zeit der Sorge um die wirtschaftliche Zukunft. Es kommen auch noch praktische Erwägungen hinzu — insbesondere die Schwierigkeit der gleichmäßigen Erhebung der Steuer von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, daß ein Teil des Kapitalbesitzes, namentlich solcher, der in Wertpapieren angelegt ist, sich der Erbschafts- und Einkommensteuer entzieht und völlig unkontrollierbar ist, weil er von Hand zu Hand weitergegeben wird.“

Von bekannteren freisinnigen Abgeordneten hat dann ferner noch der Abg. Dr. Müller-Meinungen in einem Artikel „Zu des Reiches Finanzplänen“, der gleichzeitig am 2. Januar 1908 in den „Münch. Neuest. Nachr.“ veröffentlicht wurde, geschrieben:

„Bei der Erbschaftsteuer der Abstammung und Ehegatten handelt es sich um Eingriffe in das Familienleben zu einer Zeit, in der das Interesse der Familienmitglieder an dem meiste der Einkommens der Steuerbeamten mit den Nachkommen nach der Höhe der Erbschaft wie eine offizielle Erhöhung des Schmerzes der Leidtragenden wirkt.“

Diese Äußerung aus dem Munde der freisinnigen Steuerabnehmer werden wohl auch heute noch ihre Gültigkeit haben. Freilich haben gerade Wiener und Müller-Meinungen diesmal für die Nachlasssteuer gestimmt.

Noch schärfer als die freisinnigen Abgeordneten gingen Nationalliberale Weber gegen diese Steuer vor. So erklärte der Abg. Dr. Paasche am 21. November

bis 40.000 Mark? Dann soll in einzelnen geschätzt werden: was ist das Haus wert? was ist der Acker wert? Jeder gibt einen anderen Wert an. Was ist die Kuh wert, die in der Ställe steht? was sind die Pferde wert? was die Gärten? Bis die Steuer erhoben werden soll, ist die Ernte bereits ausgebracht, ohne Nutzen zu bringen. Man muß im Winter sein Vieh durchfüttern, ohne daß es Ertrag gibt, die Strohhäfen und Heuwerke sind weg usw.“

Ferner führte der nationalliberale Abg. Dr. Weber am 26. November 1908 folgendes an:

„Wir sind der Ansicht, daß überdies ein Ehegatte und ein Kind im Todesfall des Erbhörers in der Hauptsache wohl kaum als lachende Erben zu betrachten sind; materiell bedeutet ferner bei kleineren und mittleren Erbschaften der Verlust des Erbhörers ein großes Unglück, abgesehen von der psychischen Depression, in der eine solche Familie sich befindet. Aber einen anderen Gedanken möchte ich doch noch gegen die Nachlasssteuer in den Vordergrund schieben, und das ist der: in vielen Betrieben auf dem Lande sowohl, wie insbesondere auch in gewerblichen und industriellen Erwerbs- und Wirtschaftsleben tragen die Kinder und oft auch die Frau wesentlich an dem Erwerb des Vermögens mitzuwirken, das ihnen der Mann hinterläßt. Sehen Sie in die häuslichen Wirtschaften hinein; da sehen Sie schon oft Vater und Mutter mit 50 Jahren zur Ruhe, und der ältere Sohn leitet das ganze Anwesen im Interesse der Familie. Soll er nun im Erbengeld von dem zöhen, was der Vater hinterläßt, was er im wesentlichen aber für den Vater erworben hat? Genau so ist es in gewerblichen Kreisen; bei einem kleinen Quäker- und Maschinenbauwerk sind ähnliche Dinge an der Tagesordnung; meistens arbeiten Frau und Kinder mit, der Sohn erwirbt dem Vater mit und zahlt dann ungerade die Nachlasssteuer. Auch liegt in der Nachlasssteuer eine gewisse soziale Ungerechtigkeit.“

Beide vorgenannten nationalliberalen Abgeordneten haben auch in der Finanzkommission sehr energisch gegen die Nachlasssteuer Stellung genommen. Wir führen in dieser Beziehung nach den offiziellen gedruckten Kommissionsberichten folgendes an: Abg. Dr. Weber (in der 16. Sitzung der Kommission am 4. Februar 1909): Der Entwurf der Nachlasssteuer sei nicht der richtige Weg. Seine Freunde seien deswegen gegen den Entwurf, weil sie dann eine Steuererleichterung in dem Moment des Todesfalls befürchteten. — Abg. Dr. Paasche (in der 18. Sitzung am 6. Februar 1909): Seine Freunde seien nicht aus solchen sentimentalischen Gründen gegen die Nachlasssteuer, sondern sie hielten gerade den Todesmoment für den unpassendsten zur Heranziehung zur Steuer. Dazu sollte man nur greifen in größter Not, und die sei noch nicht vorhanden. — Abg. Dr. Paasche (in der 19. Sitzung vom 9. Februar 1909): Nach der fünfjährigen Beratung ist klar geworden, daß eine Mehrheit für die Nachlasssteuer absolut nicht vorhanden sei. ... Bei dieser Situation sei es wirklich verlorren, Gründe und Gegengründe immer wieder abzuwägen, da man mit der Möglichkeit der Nachlasssteuer überhaupt nicht mehr rechnen könne. Er habe ausdrücklich hervor, daß seine Freunde die Steuer nicht wegen der finanziellen Belastung ablehnten, sondern weil sie in dem ungeliebtesten Moment das Vermögen zu fassen sehe. Das sei allerdings ein Inzidenzverhältnis allerhöchster Art. Das gebe ein Eindringen in Privatverhältnisse, was dem Bewußtsein des deutschen Volkes unzulässig sei.“

Anschließend des Senes in liberalen Blättern wegen der Nachlasssteuer kann es nur gut sein, wenn an diese Tatsachen erinnert wird.

* Die Nationalliberalen vor Tisch und nach Tisch.

Am letzten Donnerstag Abend hielt Abg. Amtsgerichtsdirektor Giesler bekanntlich seinen Vortrag über die Vermögenssteuer und ihre Einwirkung auf die Gemeindeförderung. Man konnte begreiflicherweise auf diese Rede um so mehr gespannt sein, als sie von einem Manne gehalten wurde, der mitten in den Verhandlungen über das Vermögenssteuergesetz stand, und zu einer Zeit, wo eine zum Teil recht wenig sachliche Agitation gegen das Gesetz eingeleitet hat. Die Rede Gieslers, die wir der Hauptsache nach sofort brachten, machte in der Versammlung selbst den allerbesten Eindruck; auch der von uns gebrauchte Bericht zeigt, wie uns sachverständige Leser desjenigen, die der Versammlung nicht beizuhören konnten, versichern, daß es ein gut Stück Arbeit war, was Herr Giesler leistete.

Natürlich hat auch die „Bad. Landeszeitung“ von dem Vortrag Notiz genommen. Da sie jedoch zum Schluß eine durchaus unrichtige Darstellung gibt, so sehen wir uns veranlaßt, uns zu ihrem Bericht zu äußern. Sie schreibt nämlich in ihrer Nr. 119: „Den Gedanken eines Schuldenabzuges bei den Gemeindeförderung weist der Referent entschieden zurück, da dadurch die Lastenverteilung bis zur Unerkennbarkeit geistert würde.“

Selbst in maßgebenden Regierungskreisen hat man eingesehen, daß die Nichtabzählung des Schuldenabzuges bei der Gemeindeförderung sehr unangenehm und allerdings unvorzuziehliche Folgen zeitigt hat, daß auf Mittel und Wege gefunden sind, um einen gerechteren Ausgleich zu schaffen; nur das Zentrum weist den Gedanken dieses gerechten Ausgleichs zurück.“

In diesen Sätzen sind zwei Unwahrheiten. Erstens hat Giesler keineswegs einen Schuldenabzug bei den Gemeindeförderung „entschieden zurückgewiesen“. Er hat vielmehr die Frage, ob ein Schuldenabzug erfolgen soll, mentschieden gelassen, die Mehrheit des

Schuldenabzuges erörtert und schließlich die Entscheidung darüber, ob ein Schuldenabzug zugelassen werden soll, als eine auf Grund der Erfahrungen und der Erhebungen über die Wirkung des neuen Gesetzes zu lösende Frage des zukünftigen Landtags bezeichnet. Es ist ferner unrichtig, daß nur das Zentrum den Gedanken eines gerechten Ausgleichs in dieser Frage zurückweise. Was das Zentrum will, das ist gerade der gerechte Ausgleich, und wenn es sich wirklich als mögliche Forderung der Gerechtigkeit herausstellen würde, daß der Schuldenabzug bei den Gemeindeförderung eingeführt würde, dann wäre das Zentrum sofort bereit, für den Schuldenabzug zu stimmen. Das zur Verächtlichung der falschen Behauptungen der „Bad. Landeszeitung“.

Reist aber noch etwas. Am Donnerstag Abend nach der Versammlung im Novadtsaal sagte ein Teilnehmer der Versammlung: „Man sieht wieder: das Zentrum ist eine ehrliche Partei!“ Ganz richtig; das Zentrum sagt einfach, wie sich die Sache verhält, auch wenn es manchen unangenehm in die Ohren klingt. Das Zentrum verspricht nichts zum Voraus, was es voraussichtlich nicht halten kann. Auch bezüglich des Schuldenabzuges schenkt es klaren Wein ein und weckt keine Hoffnungen, wo die Hoffnung nicht in den Verhältnissen begründet ist. Die Nationalliberalen scheinen aber mit ihren Anhängern hier wieder das selbe unehrliche Spiel treiben zu wollen, das sie all die Jahre her mit ihnen getrieben haben. Vor den Wählern verspricht man einzelnen Gruppen, die sich durch besondere Agitation hervorhaben, das Blaue vom Himmel herunter — nach den Wahlen, wenn man sich die Mehrheit der Sache angesehen hat und auf die nackten, kalten Tatsachen angewiesen ist und nicht mehr stinken kann, dann gibt man klein bei und gibt zu, daß die Sache auf einmal nach Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse eine andere geworden ist. Dann heißt es: „Es geht nicht!“ „Wir haben nicht anders gefonnt!“ „Die Verhältnisse waren stärker als wir!“ Statt daß man sagt: Wir haben vor den Wahlen blindlings, ohne die Sache genau zu kennen, versprochen; wir haben auf die gehört, die am leichtesten freieren konnten. Oder auch: wir waren nicht ganz ehrlich, und haben nach Wählern gelangt und darum! So müßte es bei den Nationalliberalen jedesmal heißen!

Beispiele stehen zur Verfügung. Wie hat man im Jahre 1906 nationalliberalerlei als das Zentrum eingekauft in der Agitation, als sei es für Verschlechterung unserer Verhältnisse, während die Nationalliberalen manhaft gegen alle Verprechungsversuche aufstehen würden. Dabei war und ist dem Zentrum ohne Zweifel genau soviel an der Selbstständigkeit unserer badischen Bahnen gelegen wie anderen Parteien. Aber es versprach nicht zum Voraus, was es nach genauer Einsicht in die Verhältnisse nicht halten konnte, es suchte nachher zu retten, was zu retten möglich war — die Nationalliberalen taten nach den Wahlen ganz dasselbe, wobei wir übrigens bemerken wollen, daß nicht alle Nationalliberalen sich auf den Standpunkt der Schreier stellten. Ganz ähnlich machten es die Nationalliberalen mit den Lehrern. Ihre Abgeordneten nahmen an jener großen Lehrerversammlung teil, auf der die für die Parole „Alles oder nichts“ im Namen des liberalen Lehrervereins ausgegeben wurde. Ihr Führer Oskroder sprach nicht viel anders als die radikalsten Freihäuf, Heimbürger etc. Als es nachher die Nationalliberalen um Klappen kommen sollte, wichen die Nationalliberalen völlig zurück, weil die Verhältnisse dazu zwangen. Aber den Klappen hatten sie vorher mitgemacht! Das Zentrum hatte das versprochen und war dafür von der Lehrerschaft wie von der nationalliberalen geborg angefahren worden.

Und wiederum dasselbe Schauspiel anfänglich der Reform des Gehaltsrechts. Die Nationalliberalen hielten Beamtenversammlungen ab zu einer Zeit, wo sich alles darüber wunderte und es fast als Indiscretion angesehen werden konnte, über die Sache, die in den Kommissionen lag, zu sprechen. Es wurde dem Beamten der Mund wässrig gemacht. Das Zentrum hielt zurück. Und nachher, als es auf die Tat ankam, da freuten sich eben auch die Nationalliberalen nach der Rede. Von ganz besonderen Bemühungen ihrerseits hörten wir nichts. Speziell die Lehrer waren wieder die von den Nationalliberalen Gepflegten. Sie hatten wieder einmal zu viel versprochen.

Will man diese Taktik des Vielversprechens vorher und des Nichthaltens nachher auf nationalliberaler Seite beibehalten? Will man auch wieder in der Frage der Gewährung des Schuldenabzuges in den Gemeinden blindlings ohne genaue Kenntnis der außerordentlich komplizierten Verhältnisse, einfach auf die Vorstellungen einer rührigen Gruppe hin, Verprechungen machen, von denen man sich gar nicht weiß, ob es überhaupt möglich ist, sie zu halten? Den Aufheben hat es! Es kommt nur darauf an, ob die Nationalliberalen immer wieder zumütige Leute finden, welche ihnen glauben. Das Zentrum wird auch in dieser Frage rein sachliche Politik treiben und seine Entscheidung nur nach sach-

lichen Gesichtspunkten treffen. Ist die Gewährung des Schuldenabzuges in den Gemeinden möglich auf Grund eines gerechten Ausgleichs — gut; das Zentrum wird dafür zu haben sein. Aber wer jetzt schon verspricht, der ist politisch gewissenlos, weil die Frage noch nicht so geklärt ist, daß eine Entscheidung darüber gegeben werden kann. Aber die Nationalliberalen scheinen sich kein Gewissen daraus zu machen, zu versprechen. Das Galten, denken sie offenbar, ist eine Sache für sich!

Deutschland.

Berlin, 15. März 1909.

† Endlich der Block. So jubilierte der Direktor des Evangelischen Bundes, Abg. Everling, in der „Tägl. Rundschau“ als eine Blockmehrheit die Nachlasssteuer in eine Subkommission verweist. Aber seit Siegesgefreue war verfrüht; denn in dieser Kommission bekundete der Block vor aller Welt, daß er unfähig zur Arbeit war. Das Zentrum mußte einen gangbaren Weg zeigen. Da aber kam der Reichstanzler und vermanerte diesen; so kam der Block in die Saalstraße. Der Kompromißantrag Gamp wird, namentlich in den süddeutschen Bundesstaaten, entschieden abgelehnt und zwar in Rücksicht auf die Budgetrechte der Bundesstaaten. Auf die Lage der thüringischen Staaten bei einer erheblichen Anspannung der Matrifularbeiträge weist die „Köln. Zeitung“ hin. Hier, wo die Einkünfte der Einzelstaaten fast ausschließlich durch direkte Steuern und Abgaben aufgebracht werden müßten, werde in dem angenommenen Falle eine ungleich stärkere Belastung mit direkten Steuern statufinden haben. Besonders schädigend aber sei die Ungewißheit, in der sich die Finanzverwaltungen der Kleinstaaten über die künftige Höhe der erforderlichen Zuschüsse an das Reich befinden. Hierdurch gerate der innere Aufbau der Einzelstaaten ins Stocken. Wie aus demselben Bericht wird, erklärte der Staatsminister Freiherr v. Bodelschwingh im lippeischen Landtage, daß die Staatsregierung gezwungen sei, dem Steuerkompromiß entgegenzutreten; wenn ein solches Kompromiß Gehehrestkraft erlangte, würde der Bundesrat Lippe finanziell zu Grunde gehen. Der Minister sprach sich des weiteren scharf gegen den Gedanken aus, daß man von Berlin aus den Bundesstaaten über die Art der Erhebung der Landessteuern Direktiven erteilen wolle. Seiner Meinung nach werde man auf die Nachlasssteuer zurückkommen müssen. Auf diesem Gebiete hat also der Block seine totale Unfähigkeit bewiesen.

Aber eine Verhinderung hat er in der letzten Zeit doch vollbracht; er verhindert die die Sparankette im Militärdienst und das soll alle Welt erfahren, zumal Kriegsminister v. Einem eine recht sonderbare Haltung dabei eingenommen hat. Wer es mit der Sparankette ernst nimmt, kann diese in dem Reichstag nur an drei Stellen zum Ausdruck bringen: bei der Post, bei Militär und bei der Marine. Unseren Lesern ist bekannt, wie man bei der Post die kleinen Abträge zu bereinigen suchte. Aber noch toller ging es beim Militär aus; man rechnete damit, daß hier ein Abstrich von 50 Mill. M. gelingen würde. Das Resultat aller Bemühungen aber sind 3 Mill. M. Abstriche, mehr nicht. Wie kam das? Weil der Block sich allen Anträgen des Zentrums systematisch widerlegte und alles niederrichtete. Anfangs ging es noch; da wurden eine Reihe von Ermäßigungen erzielt, bis man an das Militärkorps kam. Das Zentrum regte hier einen Abstrich von 2 Mill. M. an. Der Kriegsminister verhandelte mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, um eine Verständigung zu erzielen; ein hoher Offizier vereinbarte eine solche mit dem Zentrum angehörigen Richterfater. Aber es kam zu keinem Abstrich. Am Samstag hatte sich der Freisinn noch am schärfsten gegen die Militär gependelt; da nun der Kriegsminister auch mit ihm verhandelte, fiel der Freisinn glatt um und bewilligte gar alles. Dem Zentrum, das von dem Minister zuerst aufgesucht worden war, machte man hieron keine Mitteilung. Um so besser funktionierte nun der Block, der alle Anträge des Zentrums ablehnte und die Vorlage herunterwürgte. So wurde aus dem Rufe nach Sparankette eine vollendete Komödie; dem Volk soll Sand in die Augen gestreut werden, damit es nicht sieht, wie man es täuscht. Heute steht fest, daß der Block die Sparankette verhindert hat; er trägt daher auch die Verantwortung für die beliebige Verschwendung der Reichsmittel; er mag nun auch die Steuern machen.

Was tat der Block sonst noch? So gut wie nichts; denn in der Geschäftsbekanntmachungskommission hat er keine Fortschritte erzielt; er markiert auf der Stelle. Man kennt in der Geschichte des Reiches keinen zweiten Reichstag, der so mit Jubel begrüßt worden ist und so schmachlich Fiasko machte. Ruhig denkende Blockpolitiker geben dies auch unumwunden zu. Das Zentrum kann sich dieser Situation nur freuen, denn so müßte es kommen. Der Reichstanzler wird ja sein Gebilde noch zusammenhalten,

so lange er selbst in der Wilhelmstraße wohnen darf. Wenn seine Getreuen immer versichern, daß er nicht an den Rücktritt denke, so glauben wir das gerne; denn Herr Billow ist ein Kleber ersten Ranges. Eine andere Frage ist nun die, ob er nicht gegangen wird. Jedenfalls steht schon der Name seines Nachfolgers fest und die bundesstaatlichen Höfe sind auch schon davon unterrichtet. Der Wechsel kann trotz aller scheinbaren Ausführung über Nacht erfolgen. Dann wird es wieder heißen: wo ist der Bloß? Uns aber läßt die ganze Sache kalt; wir gehen ruhig unseren gewohnten Weg der Pflicht und Mitarbeit an den großen Reichsaufgaben.

Der 8 Uhr-Ladenschluß gesetzlich. Die Reichstagskommission für die große Gewerbenovelle verhandelte über den 8 Uhr-Ladenschluß. Zentrum und Wirtschaftliche Vereinigung beantragten den gesetzlichen 8 Uhr-Ladenschluß, am Samstag 9 Uhr-Ladenschluß in allen Städten über 2000 Einwohner. Die Regierung erklärte das für inannehmbar, auch Nationalliberale, Reichspartei und Konfessionelle lehnten die Anträge ab. In der Abstimmung ward jedoch der 8 Uhr-Ladenschluß mit 13 gegen 9 Stimmen angenommen. Dafür stimmten auch die Mitglieder der Nationalliberalen und der Freisinnigen. Anbezug auf die Arbeitszeit in den Kontoren wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach für Schreibstufen, Kontore und Lagerräume, die nicht zu offenen Verkaufsstellen gehören, der Neuntugendtag eingeführt wird, ferner 12stündige Mindestruhezeit, 1/2stündige Mittagspause, die, wenn die Arbeitszeit 8 Stunden oder weniger beträgt, bis zu einer halben Stunde verkürzt werden kann, und Leberarbeit an höchstens 60 Tagen im Jahre. Man hofft doch auf eine Verständigung. In Berlin hat sich der 8 Uhr-Ladenschluß sehr rasch eingeleitet und gut bewährt; die Kaufleute hatten diesen Fortschritt für sehr wertvoll.

Ueber die augenblickliche Lage der Reichsfinanzreform erhält der „Reichsbote“ eine Zuschrift von parlamentarischer Seite, die also auf jeden Fall von einem konservativen Abgeordneten herrührt. Darin wird auch die Aussicht einer Reichstagsauflösung erörtert, und inbezug darauf heißt es: „Ob er (der Bundesrat, d. Red.) einen Bewilligungsfreudigeren erhält, ist zweifelhaft. Sehr leicht möglich wäre es aber, daß sich die Freunde der Nachschleifer vermehren, denn im Volke ist diese Sicherer beliebter als eine der anderen. Sie trifft den Begüterten, der geben kann, die anderen Elteren legen auch den Schwachen neue Lasten auf.“ „Der Tagl. Rundschau“ plant sich schreiben zu dürfen: „Man hat doch den Eindruck, als ob der Reichsbote den unheimlichen Schabernack nehmen könne. Das wäre die Katastrophe nach zu reichlichen Gemüthen an der Tafel zu Januschan; ein moralischer Kagenhammer, der seiner Natur nach die Neue und den Willen zur Luftkur bedeutet. Worten wir ab, ob er echt ist oder nur eine Vorpiegelung zu dem Zwecke, das schwindende Vertrauen zur konservativen Gesamtpartei zurückzugewinnen.“

Der Gesetzwurf über die Schiffahrtsabgaben. Der „Reichsbote“ veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes betr. die Erhebung von Schiffahrtsabgaben. Der Artikel 1 dieses Entwurfs ändert den Artikel 54 der Reichsverfassung dahin ab, daß es nach Erteilung des 2. Satzes des Absatzes 3 dieses Artikels im 4. Absatz heißt: In allen Häfen und auf allen in natürlichen Wasserstraßen diesen Abgaben nur für solche Verkehrsrichtungen oder sonstige Anlagen erhoben werden, welche den Verkehr wesentlich erleichtern. Diese Abgaben dürfen bei staatlichen Anlagen oder Wasserwegen die zur Herstellung und Unterhaltung erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Der Bewilligung der Abgaben können die Gesamtkosten für ein Stromgebiet oder Wasserstraßensystem zugrunde gelegt werden.

Im Artikel 2 des Entwurfs bestimmt § 4, daß die Einkommen aus den Abgaben nur zur Deckung der erwiderten Verschuldungs- und Unterhaltungskosten zu verwenden sind. Ferner heißt es in dem Artikel 2, daß in der Verwaltung eines von mehreren Bundesstaaten zur gemeinsamen Erhebung von Abgaben geschlossenen Zweckverbandes den Schiffahrtsabgaben die gleiche Wirkung einzuräumen sei. Tritt ein Bundesstaat einem Zweckverband nicht bei, so kann er von dem Zweckverband zum Beitritt oder zur Übernahme oder zur Duldung von Stromverbesserungen verpflichtet werden.

Artikel 5 legt schließlich, daß landesrechtliche Vorschriften, welche der Erhebung von Schiffahrtsabgaben entgegenstehen, außer Kraft treten.

Rusland.

Schwiz.

Schutz der Jugend. Der Weigerungsrat von Wosel.

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg (Weisgau). Bischof Streiter, apostolischer Vikar von Sar-es-Salaam (Deutsch-Ostafrika) ist zum Besuche des Herrn Erzbischofs hier eingetroffen. **Schuttern.** 13. März. In Schuttern wird vom 21. bis 28. März eine hl. Mission stattfinden von den hochw. Kapuzinerpatres Hilarius, Martin und Barnabas aus Sigolsheim und Königshofen.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 15. März 1909.

Großherzog. Hoftheater. Der uns vorliegende Bericht über Haisepares „Cymbelin“ erscheint in der morgigen Nummer. — Gestern gelangte vor ausverkauftem Hause Gomods „Margarethe“ in der bekannten trefflichen Fassung zur Aufführung. Frau v. Westhoven, Fiedler, Gorkom u. den „Mephisto“ sang diesmal wieder Herr Keller, zum Vorteil der Partie. Die Vorstellung soll, nach Angabe unseres Vertreters, eine durchaus abgerundete gewesen sein und Frau v. Westhoven und Herr Fiedler seien mit viel Beifall ausgezeichnet worden.

Schlechtes Abonnements-Konzert des Großherzog. Hoftheaters. Am Mittwoch, den 24. März, findet das letzte Abonnements-Konzert des Hoftheaters in dieser Saison im Hoftheater statt. Von der ursprünglich dafür geplanten Aufführung der 5. Sinfonie von Gustav Mahler muß leider abgesehen werden, da die Beschaffung der dafür nötigen außerordentlichen Verstärkung des Sinfonieorchesters nicht möglich war. Es ist statt dessen folgendes Programm aufgestellt worden: Beethoven, 7. Sinfonie (A-dur); Max Schillings, Symphon. Prolog zu „König Oedipus“; Franz Liszt, „Die

Stadt unterbreitete dem Großen Rat eine Strafergänzungsanfrage, die den Schutz der Jugend vor sittlicher Gefährdung durch Bücher und Bilder bezweckt. Die Stadt Wosel besitzt bekanntlich eine in der Mehrzahl protestantische Bevölkerung. Es kann also nicht etwa von ultramontanem Hebereiher die Rede sein. Auch bei uns in Deutschland wäre solche Arbeit nicht überflüssig!

Italien.

Die Gegner des Dreibundes in Italien bereiten, wie aus Rom vom 13. d. M. gemeldet wird, einen neuen Vorstoß gegen Titoni vor. Der wiedergewählte Abg. Brusciotti hat dem zu konstituierenden Kammerbureau eine Interpellation überreicht, die die äußere Politik Italiens und dessen Stellung zum Dreibunde zum Gegenstand hat. Die neue italienische Kammer wird am 24. März eröffnet, aber schon am 7. April wegen der Osterferien wieder geschlossen werden, so daß die wichtigsten Debatten erst Ende April oder Anfang Mai zu erwarten sind.

Frankreich.

Der Streit um die Marineforderungen. Am 12. d. M. wurde in offiziellen Kreisen mitgeteilt, daß die Entschlüsse über die Marine sowie die augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten auf die Entscheidung der Reformkommission hinsichtlich der Marineforderungen eingewirkt haben. Die Minister der Finanzen und der Marine sollen sich gegenwärtig wichtige Konzeptionen gemacht haben. Der Finanzminister beabsichtigt über seine Stellungnahme am Donnerstag in dem Anstufung Mitteilung zu machen, welcher beauftragt ist, die Kontrollsysteme der verschiedenen Verwaltungszweige zu vereinheitlichen.

Der Budgetvoranschlag für 1910, welcher der Kammer nach den Osterferien unterbreitet werden wird, weist ein Defizit von 180 bis 190 Millionen Francs auf, außer den 30 Millionen für Marinebauten.

Schwere Unruhen auf Korsika. Aus Ajaccio wird berichtet, daß anlässlich der Revision der Wählerlisten in der Ortsgemeinde Nappoggio schwere Unruhen stattgefunden haben. Auf den Straßen wurden Schüsse geschossen, wobei zwei Männer tödlich verletzt wurden. Die Schuldigen sind flüchtig.

Amerika.

Zwischen den Republiken Nicaragua und San Salvador ist es zu einem kriegerischen Konflikt gekommen. Aus Mexico wird vom 12. d. M. darüber gemeldet: Drei nicaraguianische Kanonenboote griffen am letzten Dienstag das San Salvador gehörige Kanonenboot „Presidente“ an. Das Führerschiff der Nicaraguauer war bei dem ersten Schusse geschädigt und mußte umkehren. Wie indessen verlautet, wurde es wieder instand gesetzt und nahm die Verfolgung des „Presidente“ wieder auf. Es kam zu einem neuen Zusammenstoß, dessen Ergebnis unbekannt ist. Der Vertreter der Vereinigten Staaten in Nicaragua ist wegen der Unruhen daselbst und der gleichgültigen Haltung des Präsidenten Yelona abberufen worden. Amerikanische Kriegsschiffe in den Gewässern von Nicaragua sollen diesem Schritte nachdrücken. Gegebenenfalls soll eine Intervention erfolgen. Die Vereinigten Staaten und Mexico sind über ihre Politik gegenüber Nicaragua eines Sinnes.

Das Staatsdepartement in Washington hat den diplomatischen Vertreter in Nicaragua plötzlich abberufen.

Die Spannung zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien kritischer als je.

In den serbischen Regierungskreisen, wo man zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß die serbische Note die europäische öffentliche Meinung und besonders Oesterreich nicht befriedigt, sucht man jetzt Wege, wie dieser Fehltritt auf geschickte Art pariert werde. Am Freitag abend fand deshalb unter Vorsitz des Königs ein fast 3 Stunden dauernder Ministerrat statt, in dem die auswärtige Lage und die neuen Wege, die die serbische Regierung verfolgen sollte, besprochen wurden. Gleichzeitig wurde auch über die Oesterreich zu erhaltende Antwort beraten. Die Minister bedauern aber über ihre Beschlüsse tiefes Schweigen. — Wie das Blatt „Pravda“ meldet, wird die serbische Regierung an das Wiener Kabinett die Frage richten, aus welchem Grund der Handelsvertrag bei dem Wiener und Budapest Parlament zurückgezogen wurde, nachdem die serbische Zustimmung bereits das Vertragsgesetz behandelt und auch angenommen habe. Mit diesem Schritt will die serbische Regierung auch vor den Großmächten dorthin, daß Oesterreich-Ungarn in rein ökonomischen Fragen Serbien Hindernisse in den Weg lege.

Richard Wagner, Duettenre zu „Lauhäuser“. Da in diesem Jahre im Hoftheater noch keine Beethoven-Sinfonie gehört worden ist und auch die anderen Werke seit langen Jahren nicht im Programm des Hoftheaters waren (im Theater wird ja infolge der von Wagner für Bühnenaufführungen geforderten Pariser Bearbeitung auch die ursprüngliche Fassung der „Lauhäuser-Duettenre“ nicht gespielt), werden die Karlsruher Kunstfreunde gewiß dieses Programm des letzten Abonnementskonzerts mit freudiger Zustimmung begrüßen.

Der geistige Lieber- und Balladen-Abend im Museum von Clara Fajst unter Mitwirkung von Frau Anna Bierordt-Gelbing (Sopran) und Herrn Hofopernsänger Ruzman von Mannheim war trotz Theater und anderer Veranstaltungen gut besucht, was wieder als Seltenheit registriert zu werden verdient. Bei der, wie der heurige Winter, nicht endenwollenen Hochsinfonikonzertalere Abende haben wir von einer musikalischen Sondernummer des Wertes der einzelnen Programm-Nummern ab und beschränken uns darauf, zu sagen, daß sich bei Frau Bierordt-Gelbing wieder die gute alte Schule des Gesanges bewährte und sie ihre Lieber mit feinfühligem Ausdruck zu Gehör brachte. Herr Ruzman hatte ebenfalls vielen Erfolg, obwohl sein Register nicht ganz ebennmäßig ausgeglichen und die Töne zuweilen noch gewackelt erlangten. Aus der Lieber-Zusammenstellung geseien uns besonders: „Mosenma“, „Das milde Mädchen“, „Schmetterling“, „Ved eines Wandersängers“, „Komm zur Quelle“, „Das bosnische Lied“ und das „Wanderlied“. Fr. Fajst, die geistvolle Komponistin, zeigte sich bei diesem Anlasse auch wieder als vorzügliche Interpretin ihrer Tondichtungen am Klavier.

von Steden.

Aus Belgrad wird nach Wien gemeldet, der serbische Ministerpräsident habe König Peter empfohlen, den österreichischen Gesandten nicht mehr zu empfangen. Die politische Situation wird als außerordentlich kritisch betrachtet, weil die serbische Regierung auf den Schritt des österreichischen Gesandten Grafen Jorgach noch immer nicht geantwortet hat.

Die politische Lage ist nach Ansicht maßgebender österreichischer Politiker noch nie eine so bedrohliche gewesen wie jetzt, und allenthalben wird ein Krieg mit Serbien für unvermeidlich gehalten. Dies zeigt sich übrigens auch schon in einer großen Erregung, die vorgelesen die ganze Bevölkerung ergriffen hatte. Sämtliche Zeitungen werden unangeseht mit Anfragen besührt, ob ein Krieg bereits erklärt sei, oder für wann ein solcher zu erwarten ist. Die bestimmteste Auffassung in den maßgebenden Kreisen ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sich die Nachricht verbreitet, daß die serbische Antwort auf die russische Note eine überaus unzulängliche sein werde, da sich diese einfach auf die Zirkulornote beziehen werde. Hierzu kommt noch, daß es außer allem Zweifel steht, daß die serbische Kriegsverwaltung an die Bewaffnung des dritten Aufgebots geht, das dem Landsturm entspricht. Dadurch daß sich nun Oesterreich die Notwendigkeit ergeben, sich auf eine Markstellung der Soldate zu beschließen. Die gemeinsame Regierung wird deshalb, falls die Antwort nicht so ausfällt, wie erwartet wird, sich nochmals um eine Klarstellung an die serbische Regierung wenden, und dies in einer Form tun, daß Serbien unbedingt gezwungen sein wird, zu erklären, ob es den Frieden oder den Krieg haben will. Man will immer wieder daran erinnern, daß die ganze Verantwortung für diese unerquickliche Verwicklung der Balkanpolitik auf Serbien trifft. Die russische Presse stimmt natürlich der serbischen Note zu.

Ueber die Auffassung, die man in den offiziellen Kreisen Russlands bezüglich der serbischen Note hat, meldet der „Berliner Postbote“: Die serbische Note wird in den offiziellen Kreisen lebhaft diskutiert, wobei vielfach angenommen wird, die Note könne Oesterreich-Ungarn nicht befriedigen, ja man geht soweit, anzunehmen, daß sie Oesterreich-Ungarn veranlassen könnte, ein Ultimatum zu stellen. Der Volschofer Graf Werthold überreichte Jzwolski mehrere sehr wichtige Noten.

Einen interessanten Blick hinter die Kulissen der russischen Politik gewährt folgender, der „Reichsbote“ aus Petersburg gelommener Bericht: Die Führer der ministeriellen Parteien der Kammer waren dieser Tage zu einer Besprechung beim Minister des Auswärtigen, Jzwolski, eingeladen. Der Minister informierte die Deputierten über den Stand der serbischen Frage und setzte auseinander, daß Russland durch diplomatische Verträge gebunden sei, Serbien einen aktiven Dienst zu tun. Ferner stellten sich militärische und innerpolitische Erwägungen einem russischen Vorgehen für Serbien in den Weg. In der Besprechung war auch Finanzminister Kolowzew erschienen, der die Parteiführer dringend mahnte, von der Dumatsitze jede Erörterung über die serbische Frage fortzulassen, da die Wiege ohnehin jede Stellungnahme als Aeußerung des offiziellen Russlands nehme und den nationalen Wohlstand dadurch schädige. Wenn gar noch die Duma unbedacht aussetze, sei des Schadens kein Ende mehr. Die Parteiführer regten nun an, der Minister solle Sorge tragen, daß Bulgarien, Serbien und Montenegro gemeinsam vorgehen.

Eine bequeme Sache, andere für die russische Politik ins Feuer zu schießen. Bulgarien scheint aber keine Lust zu haben, diese Pläne der Russen zu befolgen.

Antwärtend an ein Interview des serbischen radikalen Professors Stelic, welcher erklärte, daß König Ferdinand von Bulgarien das einzige Hindernis einer serbisch-bulgarienschen Verständigung bilde und daß sich Serbien nur mit gewissen bulgarischen Parteien verständigen könnte, mit Demokraten aber nicht, führt das Organ der bulgarischen Regierungspartei „Brezorez“ aus, diese Bulgarien betreffende Ansicht sei leider unter politischen serbischen Kreisen verbreitet, obgleich historisch erwiesen ist, daß die Serben selbst durch ihre denaturierten politischen Verirrungen jede Verständigung bisher vereitelt haben. Zudem habe Stelic selbst eingestanden, daß Serbien bisher als Agent einer fremden Politik gehandelt habe. Bulgarien mit seinem weisen Herrscher sei gottlob niemals das Werkzeug einer fremden Politik gewesen und werde niemals ein solches sein. Es sei bedauerlich, daß es serbische politische Führer gebe, welche bei den schweren Zeiten, die Serbien jetzt durchmacht, sich in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einmischen wollen, wie dies durch die Erklärung Stelic geahet.

Zu maßgebenden Kreisen der Parteieigenen man der Ansicht zu, daß die serbische Note unklar sei. Die optimistische Beurteilung der Lage überwiegt jedoch. „Schura Linnar“ bedauert, daß Serbien den Frieden in Gefahr bringt. Bezüglich der Gerüchte, daß die Mächte von der Sparte einen Teil des Sandjakog Nobiazar für Serbien und Montenegro verlangen werden, erklärt das Blatt, daß sich die ottomanische Nation dem mit aller Kraft widersetzen werde.

Das jungtürkische Komitee hat gegen die Erlaubnis für die weitere Durchfahrt serbischen Kriegsmaterials durch die Türkei energisch Protest eingelegt. Bedauerlich ist im gegenwärtigen Zeitpunkt, daß, wie es scheint, Frankreich in seiner bisherigen lokalen Haltung wandeln wird. Der „Temps“, das Regierungsorgan in Fragen der auswärtigen Politik, hält die Noten Serbiens für ausreichend. Der Pariser Korrespondent des russischen Blattes „Retsch“ meldet, Michon habe ihm bestätigt, daß die serbische Note dem Standpunkte Frankreichs und Russlands durchaus entsprechen sei. Es wäre unverständlich, wenn dazu noch neue Garantien verlangt würden.

Aus Rom meldet die „Rene Freie Presse“: Westem Vereinen nach haben die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens der Belgrader Regierung den freundschaftlichen Rat erteilt, die von Oesterreich erwartete Erklärung über die Klüftung nicht abzulehnen. Ebenso haben sie die Versicherung abgegeben, daß die Großmächte eine weitere Vermittlung und Verschleppung der serbischen Frage auf das lebhafteste bedauern würden.

Wie dem „Neuen Wiener Abendblatt“ aus Rom gemeldet wird, verläutet in maßgebenden Kreisen, Baron v. Aehrenthal sei von den Vertretern der Großmächte ersucht worden, der Einberufung

der Konferenz zuzustimmen, da er der friedlichen Mitarbeit Europas sicher sein könne.

Der „Matin“ meldet aus Belgrad: Der Ministerrat nahm vorläufig einen Beschluß über die Antwort an, welche Anfang dieser Woche Oesterreich erteilt werden sollte. Die serbische Regierung ist fest entschlossen, die Frage des Handelsvertrages mit der bosnischen nicht bewickeln zu lassen. Ueber diesen Punkt werde sich die Regierung in ungewöhnlicher Weise ausdrücken.

Der serbische Handelsminister erklärte in einer Unterredung mit dem Belgrader Korrespondenten des „Matin“, daß Lösungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich möglich seien. Die erste bestehe darin, den bereits vorhandenen Handelsvertrag zu ratifizieren. Dieser Vertrag habe der Regierung große Mühe verursacht und ihr heftige Angriffe seitens der Stupjatsina zugezogen. Weiter seien neue Verhandlungen wegen eines anderen Handelsvertrages möglich. Hierbei würde Serbien sich ausschließlich auf den wirtschaftlichen Standpunkt stellen.

Nach am kompetenter Stelle in Sofia eingelaufenen Informationen soll in ganz Serbien das zweite Aufgebot für den 23. März zu einer „15stägigen Waffenübung“ einberufen worden sein.

Ruß sein Ultimatum?

Wien, 15. März. Der nächste Schritt Oesterreichs bei Serbien auf die zweifelloste ungünstige Antwort soll, wie in Regierungskreisen verlautet, noch kein Ultimatum, sondern eine letzte Vorstellung mit bestimmter Frist zur Umkehr sein. Das Ultimatum soll erst erfolgen, wenn die letzte Vorstellung erfolglos bleibt.

Die serbische Antwortnote soll heute in Wien überreicht werden.

Baden.

Karlsruhe, 15. März 1909.

S. H. der Großherzog haben sich gnädig bemogen gefunden, dem S. u. A. Oesterreich-ungarischen Konsul in Mannheim, Geheimen Kommerzienrat Karl Labenburg die unterthänig nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von S. M. dem Kaiser von Oesterreich verliehenen Jubiläumstreuzes zu erteilen.

S. H. der Großherzog haben gnädig geruht, dem früheren außerordentlichen Professor an der Universität Freiburg, Hilfsarzt Dr. Hermann Pfister und dem Hilfsarzt Dr. Viktor Mathes, beide an der Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch, etatmäßige Ärztestellen an dieser Anstalt zu übertragen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat die Aktiare Ludwig Leiblinger beim Notariat Einsheim zum Notariat Krögingen, sowie Adolf Beck beim Amtsgericht Einsheim zum Notariat daselbst versetzt.

* Reichstagsabgeordneter Geheimer Finanzrat Friedrich Hug

Begeht heute, am 15. März, seinen 70. Geburtstag. Dieser Tag ist ein Feiertag und Ehrentag vor allem für den 1. badischen Reichstagswahlkreis Karlsruher-lingen-Fallensdorf, aber auch für das ganze badische Zentrum. Wir wollen der großen Verdienste des ausgezeichneten Mannes nicht zu nahe treten durch eine Aufzählung der großen Werke, die er während eines Menschenalters als Mann des Volkes, getragen von einer tiefen religiösen Ueberzeugung, im Volke selbst, im badischen Landtag und im Reichstag geleistet hat. Es wäre aber undankbar, wenn wir heute seiner großen Verdienste nicht gedenken würden. Besonders für die Katholiken der Stadt Konstanz war er mit anderen edlen Männern wie Brugler, Gelmann, Wirth u. a. ein leuchtendes Vorbild in schweren Tagen. Auch im Landtag trat er energisch gegen die Verletzung der Rechte der katholischen Kirche durch die Kulturkampfgesetze auf, unbedarft darum, daß es gewissen Stellen unangenehm war. Geheimer Finanzrat Hug ist trotz seines jugendlichen Temperaments keine eigentliche Kampfnatur. In zwar entschiedener, aber immer streng sachlicher Weise, ohne jemals einen Gegner zu verletzen, vertrat Geheimer Hug jederzeit seinen aus innerer Ueberzeugung eingetragenen Standpunkt und genau so auch die Achtung der Gegner. Im Jahre 1890 eroberte er zum ersten Mal den 1. badischen Reichstagswahlkreis für das Zentrum und so blieb es bis 1903, wo er zum ersten Mal ohne Rücksicht siegte und zwar gegen den jetzigen Minister Freiherrn von Wolman. Als der Reichstag 1906 aufgelöst wurde, erfolgte die Wiederwahl Hugs mit einer Mehrheit von über 3000 Stimmen. Daß ein so großartiger Sieg des Zentrums in diesem früher nationalliberal vertretenen Bezirk möglich war, das war ein Hauptverdienst des Herrn Kandidaten, dessen edle Persönlichkeit auch für manchen Gegner der beste Beweis war, daß es sich hier um eine gute Sache handeln müsse. Die Zentrumspartei des Wahlkreises weiß dies auch sehr zu schätzen. Wo immer Hug erscheint, um trotz seines hohen Alters den Wählern Bericht zu erstatten über die Tätigkeit der Partei im Reichstag, da strömt die Zentrumswahlerschaft in Scharen herbei, um ihm so auch äußerlich den wohlverdienten Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß er trotz seines Alters und der Altersbeschränkung mit einem geradezu musterhaften Fleiß sich der Vertretung seines Wahlkreises widmet, nicht als summiert Zuschauer im Reichstag, sondern als tatkräftiger, regegewandter schlagfertiger Mitarbeiter. Eine besonders warme Fürsorge wandte er stets den Polizeibeamten zu, die ohne Unterchied der Parteigebörigkeit mit ihren zahlreichen berechtigten Wünschen sich an ihn wandten, in dem begründeten Vertrauen, daß ihre Sache so in die besten Hände gelegt sei. Aber auch für die anderen Stände, namentlich auch für die Landwirtschaft und die Handelsinteressen des Bezirks zeigte er großes Interesse und Verständnis.

Wie sehr Geheimer Finanzrat Hug die Bedürfnisse der Zeit zu würdigen verstand, dafür ist die ausgezeichnete Förderung, die er der fah. und der Zentrumspresse angedeihen ließ, ein treffender Beweis. Die „Konstanzer Nachrichten“, die „Freie Stimme“ und das „Neuburger Volksblatt“ errenten und errenten sich seiner besonderen Gunst und Fürsorge. Aber auch das Zentralorgan der badischen Zentrumspartei, der „Badische Beobachter“, nennt in seinen Annalen den hochgeschätzten Parlamentarier mit Ehren als Mitbegründer, langjähriger Vorstand und langjähriges Aufsichtsratsmitglied der Badenia.

Zur Feier des 70. Geburtstages fand gestern im kath. Vereinshaus St. Johann in Konstanz eine Zentrumsvorversammlung statt, zu der etwa 1400 Zentrumswähler aus dem ganzen Wahlkreis herbeigeeilt waren. Der Chef der Zentrumspartei Herr Geißl, Rat Wacker hielt eine zweiundzwanzigstündige Rede über „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des

Dies statt besonderer Anzeige.

Codes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Gattin, unsere treue Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante.

Franziska Kaiser,
geb. Seb.,
nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, Samstag abend 1/8 Uhr, nach Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 64 Jahren in ein besseres Jenseits abzurufen.
Karlsruhe, den 13. März 1909.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Dienstag nachmittag 2 Uhr.
Trauerhaus: Marienstr. 41, 3. Stod.

Stadt. Rechtsanwaltsstelle (Städt. Arbeitsamt)

Nähringerstraße 100, Erdgeschoss, erteilt mündlich oder schriftlich Rat und Auskunft, vornehmlich in Sachen des Arbeits- und Dienstvertrags, der Kranken- und Unfallversicherung, der Arbeitslosenversicherung, des Mietrechts, in Militär-, Steuer- und Staatsangelegenheiten u. s. w. Kostenfreie Anfertigung von Schriftsätzen.
Geschäftsstunden: werktäglich von 9-1 und 3-7 Uhr.
Telephon 629.

Bruteier

von nachverzeichnetem Kaffeebühel werden abgegeben: helle Brauna, gelbe Cochin, weiße und Gold-Blaukamm 40 J.; dunkelgelbprentete Plymouth-Rocks, gelbe Orpington u. Game-Waterhens 40 J.; schwarze Minorca, Hamburger Silberhahn, Hamburger Goldpantel, Bergischesträber und gelbe Italiener 25 J.; reißhühnerfarbige und weiße Italiener, silberhahnfarbige und schwarze Bantam 20 J.; Felsing, Rouen, bunte und weiße Bantam- und indische Bantamen 25 J.
Verband nur gegen Nachnahme.
Für Verpackung bis zu 12 Stück werden 50 J. berechnet.
Städt. Gartendirektion Karlsruhe i. S.

Bad. Rote-Lose

Nur Geldgewinne
Ziehung 17. April 1909
3388 Bar- ohne Abzug
44000 M.
2 Hauptgewinne
20000 M.
586 Gewinne
14000 M.
2800 Gewinne
10000 M.
Los à 1 M., 11 Lose 10 Mk., empfiehlt Lotterio-Unternehmer J. Stürmer, Straußburg 1, E. Langenstr. 107.
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, Lotteriobank, G. m. b. H., Kaiserstr. 60, H. Moyle, E. Flügel, L. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.

Färberei D. Lasch.

Tadellose Bedienung und billige Preise.
Rabattmarken.

Empfehle in großer Auswahl zu billigsten Preisen:

Erst-Kommunikanten-Anzüge

in Dammgarn, Cheviot und Drapé zu 15, 18, 20 bis 40 Mark.
Feinste Verarbeitung. Moderne Fassons.

Reiche Auswahl in Stoffen für Anfertigung nach Maß in bester Ausführung zu 35 bis 50 Mark.

Joh. Heinr. Felkel,
Kaiserstraße 161, gegenüber dem Hotel Erbprinz.

Patentanwaltsbureau Karlsruhe
C. Kleyer, Kriegstr. 77, Tel. 1303.

Pensionäre u. leidende Herren finden in einer männlichen klostert. Anstalt Aufnahme.
Angebote unter Nr. 369 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Lieferung von Sandsteinpflastersteinen.

Die Lieferung von 500 qm Sandsteinpflastersteinen soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.
Angebote sind unter Verwendung der besonderen Bedruckte verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens
Samstag, den 20. März ds. J., vormittags 10 Uhr,
bei uns einzureichen.
Bedingungen und Angebotsvorbrude werden auf Verlangen kostenlos abgegeben.
Karlsruhe, den 14. März 1909.
Städtisches Tiefbauamt.

Brave Jünglinge

im Alter von 16-30 Jahren, welche Wern zum Priesterstande in sich fühlen und sich der Salesianer-Kongregation anschließen wollen, wenden sich vertrauensvoll an den Hochw. S. Direktor des Deutschen Don Bosco-Institutes St. Bonifazius in Benango Monterrato (Stalla).



Diese Woche beginnen

Ziehungen der Wohlfahrtslose, à 3.30 M., Douanenschinger, à 2 M., Berliner, à 1 M., und Nürnberg, à 3 M., dann folgen Badische Kreuz, Matmarkt, Altenburger, Mecklenburger, à 1 M., bei Mehr billiger, so lange Vorrat reicht. Ferner empfehle ich für alle sonst häufig genutzten Beamten- und Dienstreise zur Lieferung zu vornehmlichen Bedingungen, ebenso alle Briefen, Zetteln und Städtische Anzeigen, Hypotheken-Pfandbriefe, Aktien etc.

Carl Götz,

Bankgeschäft, Karlsruhe, Hebelstraße 11, b. Rathaus.

Instituts- u. Privat-Gelder

auszuleihen durch August Schmitt, Hypotheken- u. Bankkommissionsgeschäft, Karlsruhe, Hirschstr. 43. Telephon 2117.

Lederhandlung Mühlburg.

Großes Lager in Sohlleder und Sohlenauschnitt, sowie Schuhmacher-Verdarsartikel.
Eduard Frisch, Rheinstr. 34 b.

Ein fleißiges, älteres und ehrliches Mädchen

wird auf 1. April gesucht.
Näheres Marienstr. 31, I.

Kost und Wohnung

gesucht für jungen Kaufmann. Nähe Südweststadt.
Angebote unter Nr. 369 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Universität Freiburg (Schweiz).

Das Sommersemester beginnt am 27. April. Immatrikulationsgebühren 30 Frs. Vorlesungen gratis. Die Universitätskanzlei übersendet auf Verlangen gratis das Vorlesungsverzeichnis. H 819 F.

Sobten erschien:
Schulbibel
(Das Alte Testament)
bearbeitet von Heinrich Hiebig und Jos. Brug mit Bildschmuck von G. Volker.
VIII u. 208 S. Weich geb. in Leinwand 75 Hg.
Auf die mit Bericht vom 28. 10. v. Wts. erfolgte Vorlage der in ihrem Verlage erschienenen Schulbibel (Altes Testament) von Heinrich Hiebig und Jos. Brug eröffnet vor Ihnen, daß wir von dem Bunde mit großer Verehrung Kenntnis genommen haben und bei der Abfassung leitenden Grundsätzen, wie sie in dem Geleitwort genannt und in der ganzen Arbeit zur Geltung gekommen u. Durchführung gelangt sind, unseren vollen Beifall sollen. Bischof, Ordinariat Augsburg.
Der Wert ist gelungen. Der biblische Text ist für die Schule und die Kinder lauter besser zu geben. Wunderbar sind die didaktischen und pädagogischen Bücher des Alten Testaments in den geschichtlichen Text verbunden. Komplimentar W.
Sowohl was Sprache, Auswahl des Stoffes, Bildschmuck, wie sachliche Korrektheit betrifft, kann die neue Schulbibel eine Probe von einem gelehrten Gelehrten sein. Dem Buch würde ich namentlich auch große Verehrung wünschen unter dem Titel.
Religionslehrer G. in R.
Joh. Kösel'sche Buchhandlung, Kempten und München.

Vereinsbank Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung.
Hierdurch laden wir die verehrlichen Mitglieder zu der
Dienstag, den 16. März 1909, abends 6 1/2 Uhr
im großen Saale der „Eintracht“ stattfindenden
ordentlichen General-Versammlung
ergebnis ein.

- Tagungsordnung:
1. Vorlage des Geschäftsberichts für 1908.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung an den Vorstand.
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
4. Bericht über die vom Verbandsvorstand vorgenommene geistliche Revision.
5. Wahl in den Aufsichtsrat. Es scheiden nach der statutengemäßen Bestimmung aus die Herren: Otto Himmelheber, Wilh. Koeltz, Carl Markstähler, welche wieder wählbar sind.
Anträge, über welche in der Generalversammlung Beschluß gefaßt werden soll, wolle man spätestens bis zum 8. März ds. J. bei dem unterzeichneten Aufsichtsrat einreichen.
Der Rechnungsbericht für das Jahr 1908 kann vom 1. März ab in unserem Geschäftslokale in Empfang genommen werden.
Karlsruhe, den 17. Februar 1909.

Der Aufsichtsrat der Vereinsbank Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung.
Adolf Wilfer, Vorsitzender.

Museums-Saal.

Mittwoch, den 17. und Donnerstag, den 18. März, nachmittags 5 Uhr und abends 8 Uhr,
Projektions-Vortrag

des wissenschaftlichen Instituts „Urania“, Direktion Emil Gobbers, Düsseldorf.

Erdbeben und Vulkanismus

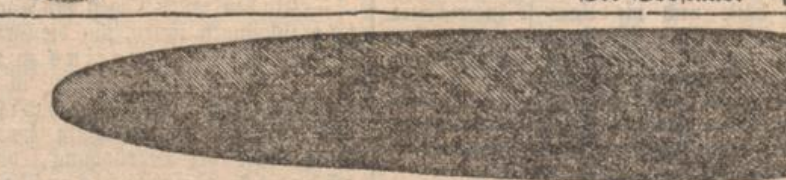
mit besonderer Berücksichtigung der erschütternden Erdbebenkatastrophe von Messina.
Phototechnische, bühnengroße Projektionsvorführung mit populär-wissenschaftlichem Vortrag des Direktors Emil Gobbers, dargestellt in ca. 150 elektrischen Projektionen in Naturfarben.
Eintrittskarten: Saal num. I. Abt. 3 Mk., II. Abt. 2 Mk., Saal offen 1 Mk. Vorverkauf in der Musikalienhandlung Fr. Doert, Kaiserstr. 159. Eingang Ritterstr. — Telephon 2003 und an der Abendkasse.

Wilhelm Geiger, Heidelberg

Grossherz. Badischer Hoflieferant
Weingrosshandlung Weinbergbesitzer
Vereidigter Messweinlieferant
empfiehlt seine selbstgekelterten gutgepflegten Weine in Flaschen und Gebinden.
Proben und Preislisten gerne zu Diensten.

Kath. Männerverein St. Stefan.

Donnerstag, den 18. März 1909, abends präzis 8 1/2 Uhr, findet in der Wirtschaft Zum Landsknecht, Zirkel 31, II. Stod,
Monatsversammlung mit Vortrag: „Kirchenpolitische Zustände Badens im vorigen Jahrhundert“
statt, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden.
Der Vorstand.



Flor Castona, Cigarrenhaus E. P. Hieke, Hoff.

Hochfeine Sumatra-Havanna, Handarbeit. Karlsruhe 1/B., Kaiserstr. 215.

Räumungs- und Gelegenheitskauf.

Von jetzt bis 1. April so lange Vorrat reicht:
Herren-Haken-, Schnallen- und Jagdhiefel
Bogtalbieder, in Spitze, Hund- und Weisform, für nur **9.50 Mk.**
Damen-Schnür-, Knopf- und Jagdhiefel, Bogtalbieder für nur **8.50 Mk.**
Damen-Schnür- und Knopfhiefel, Chevreau u. Bogtalbieder, mit und ohne Ledertappen, Nr. 36 und 37
zum Aussehen für Kommunikanten nur **5 Mk.**
größere Nummern bis 42 nur **6.50 Mk.**, (alles Leder) elegantere Stiefel wie oben **8.50 Mk.**, regulärer Preis sonst 2 Mk. mehr;
Kinderhiefel in Bogtalbieder, von 31-35 nur **5 Mk.**
Alle Schuhwaren werden zu und unterm Selbstkostenpreis verkauft, weil durch schlechten Geschäftsgang noch zu viel Ware und dadurch wenig Platz für Neukommende vorhanden ist.
Nur beim billigsten, nur gute Ware habenden

Schuh-Bruder

Amalienstrasse 25 a, bei Waldstr.-Ecke.

Aloys Maier Hoflieferant Fulda Begr. 1846
Harmoniums
Das schön- und gemütvollste aller Musikinstrumente kann Jedermann ohne Vorkenntnisse sofort 4-stimmig spielen, mit dem neuen Harmonium-Spiel-Apparat. Preis 20 M. Nach Illustr. Harmonium-Cataloge gratis.

Herwarth von Bittenfeld'sche Gutsverwaltung
Oberkirch i. B.
Weinbau und Weinversand.
Grosses Lager der berühmten Ortenauer Rot- und Weissweine.
— Direkter Versand an Private. — Preisliste gratis und franko. —

Ehe man Möbel
kauft, bestimme man un er auf reichhaltige ausgestattete Lager in Wohnungseinrichtungen sowie einzelner Möbel in nur toller Ausführung und sehr billigen Preisen.
Gebr. Klein,
Durlacherstrasse 97/99.

Katholischer Männerverein Constantia.

Am Feste des hl. Joseph, Freitag, den 19. ds. Mis., abends 1/2 9 Uhr, findet zur Feier unseres

Patrociniums

im oberen Saale des Café Novak ein Familienabend statt mit Festrede und Gesangsbeiträgen.
Die Generalkommunion ist am Sonntag, den 21. I. Mis., morgens 1/2 7 Uhr, in St. Stefan.
Die verehrlichen Mitglieder laden wir zur zahlreichsten Beteiligung mit dem erg. Anfügen ein, daß unsere neuhergerichtete Fahne beim Familienabend zur Verfügung aufgestellt wird.
Karlsruhe, den 14. März 1909. Der Vorstand.

Neue Impresse!

Anmeldung zur kirchlichen Trauung

zu beziehen durch die „Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe (Baden), Adlerstraße 42.

Beicht- und Kommunion-Zettel

mit sakramentalen Sprüchen mit Ortsnamen und Jahreszahl auf blauem Papier Mt. 2.50, „ „ „ ohne „ „ „ „ 2.50, ohne „ „ „ „ „ „ 1.50, ohne „ „ „ „ „ „ 1.20, für 1000 Stück liefert schnellstens
„Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Geschäftsverkauf.

Ein kleines, sehr schön eingerichtetes und gutgehendes (12000 Mk. Umsatz) Kolonialwaren-Geschäft

auf dem Lande, ist umständelicher sofort unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Angebote unter Nr. 393 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Lüchtiges Fräulein,

welches die Schreibmaschine beherrscht, findet Anstellung bei sofortiger Bezahlung. Angebote unter Nr. 390 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wolfschlucht

Schönenstraße 10.
Jeden Dienstag
Schlachttag
Ludwig Müller.